

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 25

**Artikel:** Der Kossowo im besonderen  
**Autor:** Mati, Ljubomir  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093225>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ljubomir Matić zur albanischen Frage (II)

## Der Kossowo im besonderen

In der letzten «zeitbild»-Nummer haben wir die albanische Frage allgemein beleuchtet. Dabei haben wir festgestellt, dass sie auch ein grenzüberschreitendes Problem ist. In diesem zweiten Teil beschäftigen wir uns mit dem Kossowo im besonderen.

Zur Zeit der Herrschaft des serbischen Königshauses der Nemanjici (1170–1360) war Kossowo serbisches Gebiet. Mit dem Zerfall des serbischen Staates durch den Vormarsch des Osmanischen Reiches Ende des 14. Jahrhunderts verlor Kossowo allmählich das Adjektiv «serbisch». Dies nicht zuletzt wegen der Massenauswanderungen der Serben nach Norden als Folge der Kriege zwischen christlichen Staaten und den Türken im 17. und 18. Jahrhundert.

### Zuwachs der albanischen Mehrheit

Der Anteil der serbischen Bevölkerung im Kossowo verringerte sich bis nach dem Ende des Ersten Weltkrieges weiter. Danach siedelte das Königreich Jugoslawien wieder Serben im Kossowo an. Während des Zweiten Weltkrieges wurden diese wieder aus dem Kossowo vertrieben und Albaner angesiedelt. Unter Tito war das jugoslawische Regime darauf bedacht, Enver Hoxhas Albanien nicht zu verstimmen (dies nicht zuletzt, um eine Föderation mit jenem Nachbarn anzustreben). Und so wurde den vertriebenen Serben eine Rückkehr in den Kossowo untersagt. Nach der Kominform-Resolution 1948 wurden im Kossowo albanische Flüchtlinge angesiedelt. Durch die höchste Geburtenrate Europas (über 23 %) hat sich das Verhältnis noch weiter verschlechtert. Heute leben im Kossowo rund 1,6 Mio Albaner neben 200 000 Serben.

In jener Zeit, und auch nach der Gewährung des Autonomiestatus 1974, hat sich der physische und psychische Druck auf die im Kossowo lebenden Serben nicht geändert. In serbischen Archiven finden sich Berichte des Konsuls aus Prishtina, die bezeugen, dass Brandstiftung, Diebstahl, ja sogar Vergewaltigung oder Mord an Serben an der Tagesordnung waren.

### Eigenständiger als Serbien

Die jugoslawische Verfassung von 1974 gewährte dem Kossowo volle Autonomie, so dass sich die Provinz rechtlich und in der Praxis kaum von den jugoslawischen Republiken unterschied. Mit eigenem Parlament und Regierung, mit weitgehenden Kompetenzen vom Schulwesen bis hin zur Aussenpolitik war der Kossowo in gewissem Masse sogar eigenständiger als die Republik Serbien.

Die Provinzen (Kossowo und Wojwodina) entschieden über die Zusammensetzung republikanischer Institutionen; ohne deren Zustimmung konnte die Republik weder ein Gesetz verabschieden noch auf dem ganzen Republiksgebiet geltende Massnahmen treffen, während die Republik ihrerseits keinen Einfluss auf die provinzeigenen Vorschriften und Massnahmen hatte. Da die Provinzen in ihren Rechten den Republiken gleichgestellt waren, wurde jeweils auch «ihr» Repräsentant turnusgemäss Präsident Jugoslawiens.

### Verhärtung der Fronten

Ohne rechtliche Möglichkeit, die Serben zu schützen, griff Slobodan Milošević hart durch und schränkte die Autonomierechte im Kossowo und in der Wojwodina nach und nach immer mehr ein. Heute haben die Republikvorschriften und -institutionen klar Vorrang vor denjenigen der Provinz.

Dies wiederum nahmen die albanischen politischen Führer im Kossowo nicht hin und verlegten sich auf den gewaltlosen Widerstand nach dem Vorbild Gandhis. So ignorieren sie einfach die von den Serben geschaffenen Tatsachen. Im Prinzip widerrechtlich wählen sie ein eigenes Parlament und eigene Behörden, proklamieren eine eigene Republik, errichten eigene Institutionen, organisieren den eigenen Unterricht, verweigern den Militärdienst und lehnen Verhandlungen mit der serbischen Republikspitze ab.

Die serbische Haltung, die beschlossenen Änderungen wenn nötig auch mit Gewalt durchzusetzen, und die

albanische Entschlossenheit, sich dagegen kompromisslos zu wehren, haben die Kossowo-Albaner in eine wahrlich explosive Lage gedrängt. Diese wiederum wird von Extremisten unter den albanischen Führern für Drohgebärden ausgenützt, ohne dabei fremde Hilfe, vor allem aus Albanien, auszuschliessen. Und dies dient den radikalen Teilen in Belgrad dazu, noch weiter Öl ins Feuer zu giessen und mit kriegerischen Gegenmassnahmen zu drohen.

Ein bewaffneter Konflikt im Kossowo aber könnte zu einem Flächenbrand führen, der sogar noch über die Balkan-Region hinausreichen könnte. Trotzdem lässt sich ein gangbarer Weg zur friedlichen Konfliktlösung nicht ausmachen, und die gegnerischen Seiten finden offenbar keinen Grund für Verhandlungen. Belgrad, so scheint es, ruft die albanischen Führer nur formell zu Verhandlungen auf, zum vorneherein damit rechnend, dass diese ablehnen, was die Albaner auch tatsächlich tun. Dies mit der Begründung, dass sie sich nicht mit Partnern an den grünen Tisch setzen, die sie nicht anerkennen.

Besorgniserregend ist die Tatsache, dass auch der Dialog der Albaner mit Vertretern der Bundesbehörden scheiterte, besonders mit Präsident Milan Panić, dem weder grossserbische Ambitionen unterstellt noch die Schuld für die früheren Konflikte zugeschrieben werden können. Dessen Absicht, sich einer Lösung der Kossowo-Frage «Schritt für Schritt» zu nähern, setzten die albanischen Unterhändler die Forderung entgegen, zuerst den Status des Kossowo festzulegen.

Eine noch ernstere Erscheinung der unbeugsamen Haltung der Kossowo-Führer betrifft die Weigerung der Albaner, sich an den Wahlen im Dezember zu beteiligen, mit der Begründung, dass diese einen Staat betreffen, der nicht der ihrige sei. Dabei könnte eine albanische Beteiligung mit immerhin fast einer Million Stimmen eine wesentliche Rolle in einem möglichen Machtwechsel spielen. Damit hätten die Albaner durchaus eine Chance, auch eine für sie akzeptable Regierung zu

wählen anstatt mit Politgrössen konfrontiert zu sein, mit denen man wirklich keinen Dialog führen kann.

### Ein Grossalbanien im Visier?

Trotzdem erklärte der Präsident der Demokratischen Liga Kossowos, Ibrahim Rugova, gegenüber der österreichischen Agentur APA, dass die Wahlen selbst um den Preis boykottiert würden, dass die Albaner damit auch noch «die wenigen Sympathien verlieren, die sie in der Welt geniessen», und «dass bereits jetzt Druck aus Europa für eine Teilnahme der Albaner besteht, ihnen aber nicht gesagt wird, was sie als Gegenleistung dafür erhalten».

Da stellt sich die Frage, was die Albaner denn eigentlich wollen. Etliche äussern zwar nebelhaft, dass sie sich mit der Wiedereinführung des Autonomiestatus von 1974 zufriedengeben würden. Aber wenn man sich daran erinnert, dass die schlimmsten Unruhen im Kossowo 1981 ausbrachen, als die Provinz noch volle Autonomie genoss, so zweifelt man daran, dass ein solcher Status heute eine befriedigende Lösung wäre. Damals wurde gefordert, den Kossowo zur Republik zu erheben, womit sich die Stellung der Albaner kaum geändert hätte, ausser dass es für sie leichter gewesen wäre, aus Jugoslawien auszutreten.

Und ebendarin verbirgt sich wohl die Antwort auf die gestellte Frage: Es geht nicht um die Erlangung von Rechten innerhalb des bestehenden Staates, sondern um den Austritt aus jenem Staat und den Anschluss an das Mutterland Albanien. Vor diesem Hintergrund gewinnt auch wieder die Forderung des mazedonischen Staatspräsidenten, Kiro Gligorov, an Bedeutung, die UNO solle Blauhelme nach Mazedonien entsenden (vgl. letzte «zeitbild»-Nummer). ■